



Angela Merkel und Kardinal Karl Lehmann

Foto: dpa

## Bekenntnis zum christlichen Menschenbild

**Aktuelle Aspekte des CDU-Grundsatzprogramms und der Grundwertedebatte standen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Gesprächs zwischen Mitgliedern der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung ihres Vorsitzenden, Kardinal Karl Lehmann, und des Präsidiums der CDU Deutschlands unter**

**Leitung der Bundesvorsitzenden, Bundeskanzlerin Angela Merkel.**

Beide Seiten stimmten darin überein, dass eine Grundwertedebatte in Gesellschaft, Politik und Kirche geführt werden müsse, um die Verständigung über gemeinsame Werte als Basis für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. ▶

### INHALT

Volker Kauder:  
Arbeit Schlüssel für  
soziale Integration  
Seite 3

Ronald Pofalla:  
Unser Anspruch ist  
Vollbeschäftigung  
Seite 4

Mitgliederwerbe-  
kampagne gestartet  
Seite 5-7

► Mit Blick auf die CDU-Grundsatzprogramm-Debatte bekannten sich die Mitglieder des CDU-Präsidiums ausdrücklich zum christlichen Menschenbild und zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in ihrer gegenseitigen Bedingtheit. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die zentralen Prinzipien der christlichen Soziallehre wie Solidarität, Subsidiarität und Personalität Grundlage der

Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt sein sollen. Die Bischöfe betonten, dass es wichtig sei, dass die CDU die Bedeutung des Zusammenhangs von Ehe und Familie für eine zukunftsfähige Gesellschaft deutlich mache.

CDU und Deutsche Bischofskonferenz teilten außerdem die Ansicht, dass der Dialog mit dem Islam eine nationale wie internationale

Aufgabe ist. Dabei sei aber klar: Nur wer einen klaren Standpunkt habe, könne einen Gewinn bringenden interkulturellen Dialog führen. Die freiheitliche parlamentarische Grundordnung basiere auf dem christlichen Bild vom Menschen, wonach alle Menschen eine unveräußerliche, von Gott gegebene Würde und gleiche Rechte haben. Unsere Grundwerte können in einem Dialog der Kulturen nicht zur Disposition gestellt werden. Von den islamischen Staaten werde ein Beitrag zur Gewaltlosigkeit in Glaubensfragen und zur Religionsfreiheit erwartet. Mit Sorge betrachteten beide Seiten insbesondere die Einschränkungen, denen Christen z. B. in der Türkei ausgesetzt sind.

Weitere Themen des intensiven Gespräches im Konrad-Adenauer-Haus waren Fragen des Lebensschutzes sowie die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Beide Seiten waren sich einig: „Wir werden diese intensiven und offenen Gespräche regelmäßig fortsetzen.“

Von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz haben folgende Mitglieder an dem Gespräch teilgenommen: Kardinal Karl Lehmann (Mainz/Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz), Georg Kardinal Sterzinsky (Berlin), Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Bischof Dr. Gebhard Fürst (Rottenburg-Stuttgart), Weihbischof Dr. Anton Losinger (Augsburg), Weihbischof Dr. Heiner Koch (Köln). Zu den Teilnehmern gehörten außerdem P. Dr. Hans Langendörfer SJ, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, und Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe.

Von Seiten des CDU-Präsidiums nahmen teil: Parteivorsitzende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Generalsekretär Ronald Pofalla, Dr. Christoph Böhr, Dr. Annette Schavan, Christian Wulff, Dieter Althaus, Volker Kauder, Roland Koch, Dr. Norbert Lammert, Karl-Josef Laumann, Dr. Ursula von der Leyen, Peter Müller, Günther Oettinger, Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesgeschäftsführer Dr. Johannes v. Thadden, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Dr. Norbert Röttgen.

IMPRESSUM

UID

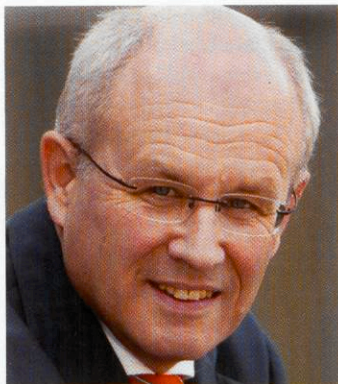
UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 2226-8 02-0, Telefax 0 2226-8 02-111-3 33. Vertrieb: Telefon 0 2226-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Volker Kauder

# Arbeit Schlüssel für soziale Integration

**Die aktuelle Debatte über die Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit sozialen und Integrationsproblemen ist richtig und wichtig. Falsch ist es jedoch, wie der SPD-Vorsitzende Beck von einer „Unterschicht“ in Deutschland zu sprechen.**



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Diesem Ausdruck liegt die Annahme zugrunde, dass man diese Menschen nicht mehr erreichen kann. Es widerstrebt mir zutiefst, Menschen aufzugeben und sie alleine ihrem Schicksal zu überlassen. Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes treten wir in der Union für eine Gesellschaft ein, in der die Würde eines jeden Einzelnen respektiert wird und Hilfe und Unterstützung für Schwächere selbstverständlich sein soll.

Sogenannte „Sozialhilfekarrieren“ hat es immer gegeben, aber das Problem hat sich deutlich verschärft, was sich in jüngster Zeit auch an den schrecklichen Fällen misshandelter und vernachlässigter Kinder zeigt. Eine Ursache ist die Massenarbeitslosigkeit. In der Vergangenheit ist dieses Phänomen der Verwahrlosung in Teilen

der Gesellschaft von der Politik leider nur unzureichend wahrgenommen worden. Es gilt nun, konkrete Integrationshilfen für Kinder und Jugendliche zu forcieren. Eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen ist an dieser Stelle notwendig. Die Unionsfraktion hat ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage bereits im Frühjahr mit der Forderung nach einem „Nationalen Aktionsplan Integration“ angestoßen. Als zentrales Ziel sehe ich den Bereich der Bildung an. Bildung ist entscheidende Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialem Aufstieg. Die Zukunft unseres Landes liegt in den Köpfen der hier lebenden Menschen. Die Ver-

erbung der Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen ist daher in mehrfacher Hinsicht eine nicht hinnehmbare Verschwendung von Ressourcen. Ganz wesentlich erscheint es mir auch, die Interaktion zwischen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Integration deutlich stärker in den Blickpunkt zu rücken und die Bedeutung des Integrationsgedankens in allen Politikbereichen zu implementieren.

Arbeit ist der Schlüssel für soziale Integration. Wenn es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, gibt es leider keine einfachen Rezepte. Eindeutig ist jedoch, dass wir das Hartz-IV-System so ändern müssen, dass es Langzeitarbeitslosen einen stärkeren Anreiz gibt, sich aus der Abhängigkeit von staatlichen Transfers zu befreien. Eine Änderung der Zuverdienstmöglichkeiten wäre an dieser Stelle hilfreich. Wir brauchen wieder ein Bewusstsein dafür, dass man für Sozialleistungen etwas tun muss. Hartz IV ist kein garantiertes Grundeinkommen. Es ist eine Unterstützung für Menschen, die Arbeit suchen.

Ronald Pofalla

## Unser Anspruch ist Vollbeschäftigung

**Zur Äußerung des arbeitsmarktpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Brandner, Vollbeschäftigung sei eine Illusion, erklärt CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla:**

Die CDU hält am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Wir wollen allen Menschen die Chance geben, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Arbeit ist Bestandteil der Entfaltungsfreiheit des Einzelnen. Arbeit ist ein Kernstück sozialer Gerech-

tigkeit. Deshalb werden wir das Ziel „Arbeit für Alle“ auch im neuen CDU-Grundsatzprogramm festschreiben.

In diesen Tagen werden die Wachstumsprognosen nach oben korrigiert. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich erheblich verbessert. Im September waren 400.000 Menschen weniger arbeitslos als im Vorjahresmonat. Gerade in der derzeitigen Lage ist die Äußerung des arbeitsmarktpolitischen Sprechers der SPD völlig

fehl am Platze. Schlimmer noch: sie entmutigt alle Menschen, die arbeiten wollen und einen Job suchen.

Die Union wird weiterhin mit ganzer Kraft dafür arbeiten, die Bedingungen am Arbeitsmarkt zu verbessern, damit noch mehr Menschen wieder in Arbeit kommen. Denn das ist die Motivation für unser politisches Handeln. Diesen Anspruch sollten alle Politiker haben. Schade, dass dies offensichtlich nicht so ist.

**Den Fragen der CDU-Mitglieder rund um das Grundsatzprogramm stellte sich Generalsekretär Pofalla in einem Chat im Mitgliedernetz.**

Besonders interessierten sich die Mitglieder in dem einstündigen Live-Chat für das „C“ im Parteinamen. Schließlich untersehe das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild die Union deutlich von anderen Parteien. Die Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission seien sich „völlig darin einig“, versicherte Pofalla, „dass das christliche Menschenbild und die Verantwortung vor Gott im Grundwerteteil von entscheidender Bedeutung“ seien. „Man kann sogar sagen, dass das ‚C‘ eine Art Renaissance“ durch die Grundsatzprogramm-Kommission erfahre, fügte er hinzu. Die aktuelle



Ronald Pofalla im Chat

Debatte um die Armutsproblematik zeige zudem, dass Ehe und Familie und die damit verbundene Verantwortungsgemeinschaft nach wie vor einen zentralen Stellenwert hätten.

Pofalla forderte die Mitglieder auf, sich aktiv in die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm einzubringen. Dies sei leicht möglich

durch eine Teilnahme an den „virtuellen Arbeitskreisen“ im Mitgliedernetz. „Hier finden Sie auch Impulspapiere aus der Grundsatzprogramm-Kommission“, sagte Pofalla. Im Gegenzug werde die Programmkommission ständig darüber informiert, „welche Anliegen, welche Fragen, welche Kritik unsere Mitglieder äußern“.

Den vollständigen Chat finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de).



„Farbe bekennen“

# Neue Mitgliederwerbekampagne



Farbe bekennen.  
Mitglied werden.



## Leitfaden Mitgliederwerbung Farbe bekennen. Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **4019**  
Preis je **25 Stück: 14,50 €**  
inkl. MwSt.: 15,52 €

folgte in Karlsruhe für den Landesverband Baden-Württemberg. Auf den Schulungen wurden Aktionsbeauftragte, Botschafter und Interessierte an der Mitgliederwerbung durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle über die Durchführung der Kampagne informiert und durch einen professionellen

Es ist soweit: Unter dem Motto „Farbe bekennen“ ist die Mitgliederwerbekampagne 2006/2007 seit einigen Wochen angelautet und innerhalb der Partei bisher auf sehr gute Resonanz gestoßen. Eine erste Schulungsveranstaltung fand Anfang Oktober 2006 in Hamburg für die Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen statt, eine zweite Veranstaltung

Farbe bekennen.  
Mitglied werden.



## Leporello Farbe bekennen. Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **5932**  
Preis je **100 Stück: 16,50 €**  
inkl. MwSt.: 17,66 €



### Aufnahmeantrag

Bestell-Nummer: **6719**  
**200 Stück kostenlos!**



### Aufnahmeantrag Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**  
**200 Stück kostenlos!**

Was also haben wir vor? Viele Elemente der alten Kampagne haben wir beibehalten – das Botschaftermodell, die Schulungen vor Ort und den Wettbewerb zwischen den Verbänden. Sie haben

Rhetoriktrainer in der Führung von Werbegesprächen geschult.

Sowohl die Resonanz auf unsere erste Schulungsveranstaltung wie auch die vielfältigen Zuschriften, die uns aus der Partei erreichen sowie die hohen Abrufzahlen unserer Materialien zeigen, mit welchem Engagement und Motivation die Partei vor Ort die Mitgliederwerbung angeht, zeigte sich der Schirmherr der Kampagne, Ronald Pofalla, zufrieden.

Wir wollen wieder wachsen. „Neue Mitglieder bringen wichtige Impulse und neue Ideen“, betont Generalsekretär Ronald Pofalla. „Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder, denn sie machen uns in ihrer Vielfalt zur Volkspartei.“ Außerdem kann nur so die Basisarbeit geleistet, die Kampagnenfähigkeit erhalten und die finanzielle Grundlage der Parteiarbeit gesichert werden. Und auch Funktionen und Mandate müssen übernommen werden.

sich bewährt und sollen jetzt neuen Schwung erhalten. Zusätzlich gibt es neue Elemente, beispielsweise die Verknüpfung der Kampagne mit der aktuellen Debatte zum Grundsatzzprogramm. Einen solchen Prozess aktiv mitgestalten zu können, kann bereits ein Anreiz sein, sich in unserer Partei zu engagieren. Schließlich ist jetzt die Gelegenheit da, den



### Broschüre „Farbe bekennen. Bot- schafter werden.“

Bestell-Nummer: **5335**  
 Preis je **50 Stück: 17,25 €**  
 inkl. MwSt.: 18,46 €

eigenen Vorstellungen Gehör zu verschaffen und die Leitlinien für die nächsten Jahre mitzuentwickeln.

Um all diese Ideen praktisch umsetzen zu können, hat die Bundesgeschäftsstelle ein umfangreiches Angebot an begleitenden Materialien bereitgestellt. Zentrales Kampagnenelement ist der Leitfaden mit dem Titel „Farbe bekennen. Mitglied werden“. Er enthält alle wichtigen Informationen zu der neuen Kampagne sowie Tipps und praktische Hinweise. Das neue Kampagnenmotiv gibt es selbstverständlich auch als Wandzeitung.

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
 CDU-Kundenbetreuung  
 Telefax 05241-8094165  
 E-Mail: [cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

**Nutzen Sie auch unseren E-Shop unter**  
[www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)



Darüber hinaus haben wir für die Werber unterstützendes Material zur Gesprächsführung zusammengestellt. Denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt: Erfolg verspricht vor allem die Ansprache möglicher Interessenten im persönlichen Umfeld. Damit die Werber der CDU – die Botschafter – gut vorbereitet in ein Gespräch mit einem möglichen Interessenten gehen können, wollen wir sie mit Argumentationshilfen unterstützen. Folgende Argumentationskarten finden Sie auf unserer Kampagnenseite im Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de): ■ Werbesgespräch – Warum Mitglied werden? ■ Werbesgespräch – so könnte es laufen. ■ „Einwände gegen eine Mitgliedschaft – und wie man sie entkräftet!“

„Wir können es gemeinsam schaffen, unsere Mitgliederentwicklung bald wieder zum Positiven zu gestalten. Im Moment sieht es zusätzlich ganz danach aus, dass wir in wenigen Monaten mitgliederstärkste Par-



**Wandzeitung für Ihre Werbekampagne**  
DIN A2 quer

Preis je **10 Stück: 8,00 €**  
inkl. MwSt. und Versand

Bestellung richten Sie bitte per E-Mail an:  
[bestellungen@ubg-medienzentrum.de](mailto:bestellungen@ubg-medienzentrum.de)  
oder per Fax an 02226-802333.

tei in Deutschland sein werden. Das wäre das erste Mal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, dass die CDU vor der SPD liegt. Dies sollte für uns alle ein zusätzlicher Ansporn sein, unser Werben um Neumitglieder weiter zu verstärken,“ so der Generalsekretär. Dass eine erfolgreiche Entwicklung der Mitgliederzahlen möglich ist, zeige ein Blick auf die Kreisverbände, unterstreicht Ronald Pofalla: „Mitgliederzuwachs oder Mitgliederschwund sind nicht allein das Resultat demographischer oder gesellschaftlicher Veränderungen. Sie sind ganz wesentlich auf die Aktivitäten der Verbände und den Einsatz der Mitglieder sowie der Funktions- und Mandatsträger vor Ort zurückzuführen.“

**Also: Farbe bekennen, Mitglieder werben!**

## SCHULUNGSVERANSTALTUNGEN

07.10.2006	Hamburg
20.10.2006	Baden-Württemberg I
26.10.2006	Nordrhein-Westfalen I
27.10.2006	Nordrhein-Westfalen II
10.11.2006	Baden-Württemberg II
18.11.2006	Niedersachsen/Braunschweig/Oldenburg
07.12.2006	Hessen
09.12.2006	Rheinland-Pfalz/Saarland
27.01.2007	Sachsen-Anhalt/Sachsen/Thüringen
29.01.2007	Mecklenburg-Vorpommern/Berlin/Brandenburg

Uhrzeiten und Orte der Veranstaltungen entnehmen Sie bitte der ständig aktualisierten Liste im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de). Dort finden Sie auch weitere Informationen zur Mitgliederwerbekampagne.

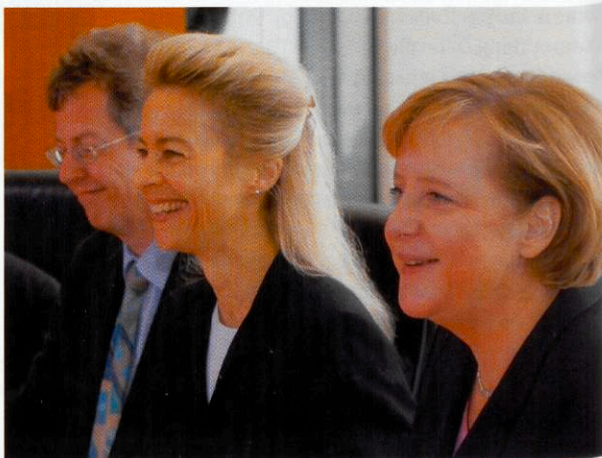
# Familienfreundlichkeit soll Markenzeichen der Wirtschaft werden

**Auf gemeinsame Grundsätze für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verständigten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen sowie Entscheider aus Wirtschaft und Gewerkschaften.**

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, bezeichnete das Treffen als „wichtigen Meilenstein“ auf dem Weg zu einer familienfreundlicheren Arbeitswelt. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei vom Rand der Gesellschaft in die Mitte gerückt.

## Wichtiges Zukunftsthema

Ursula von der Leyen begrüßte, dass sich die Kanzlerin für dieses wichtige Zukunftsthema stark mache. „Erstmals wird die familienbewusste Arbeitswelt in Deutschland mit so hochrangigen Partnern weiterentwickelt“, sagte die Bundesfamilienministerin. Beim Spitzengespräch betonten die Bundesregierung und die Impulsgruppe „Allianz für



Familienministerin Ursula von der Leyen und Kanzlerin Angela Merkel

Foto: dpa

die Familie“ die gemeinsame Verantwortung von Politik und Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu unterzeichneten sie eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Deutschland braucht eine familienbewusste Arbeitswelt“.

## Ganztagsbetreuung ausbauen

Im Einzelnen will die Bundesregierung bis zu 150 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für den Aufbau von Betriebskindergärten und an-

dere Betreuungsmodelle bereitstellen. Durch eine Anschubfinanzierung solle vor allem das Engagement kleinerer und mittlerer Unternehmen bei der Kinderbetreuung gestärkt werden, heißt es in der Erklärung. Der Bund bekräftigt darin außerdem die Absicht, den Ausbau der staatlichen Ganztagsbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren zu unterstützen.

## Familienbewusste Personalpolitik

Die deutsche Wirtschaft verpflichtete sich ebenfalls,



die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Vertreter der Wirtschaft waren sich einig: „Wir haben uns heute zusammen mit der Bundeskanzlerin auf das Ziel verständigt, Familienbewusstsein als Markenzeichen in der deutschen Wirtschaft zu etablieren“. Dazu zählen in erster Linie eine chancengleiche und familienbewusste Personalpolitik. Insgesamt müsse eine „familienbewusste Unternehmenskultur“ entwickelt werden. Um die Rahmenbe-

dingungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt zu verbessern, setzen sich die Akteure für eine innovative Sozialpartnerschaft für Familien ein: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände empfehlen ihren Mitgliedern, konkrete Vereinbarungen und Maßnahmen zu ergreifen, damit Verantwortung für Familie und Chancen im Beruf verbunden werden. Auch Betriebsvereinbarungen könnten zu einer besseren Balance von

Beruf und Familie beitragen. Anlässlich des Treffens startet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag als Partner der Bundesregierung in Berlin ein zentrales Netzbüro. Es unterstützt das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“, das die Bundesregierung im Juli 2006 ins Leben gerufen hat. Ziel ist es, dass sich in einem ersten Schritt 1.000 Betriebe beteiligen und als positive Beispiele helfen, Familienfreundlichkeit in Deutschland voranzubringen.

## EIN MUSEUMSBRILLANT – DAS ERNEUERTE BODE-MUSEUM

**Für die Kunst und Kultur der Bundesrepublik ist mit der Totalrenovierung des Bode-Museums in Berlin eine Erinnerungsstätte wiedererschaffen worden, die internationale Kunst ebenso präsentiert wie eine Anknüpfung an die Kultur- und Museumstradition vorangegangener Jahrhunderte gewährleistet.**

Das erneuerte Bode-Museum ist ein Brillant unter den fünf Wasserschlössern auf der Berliner Museumsinsel. Eine beispielgebende architektonische Leistung hat zu einem modernen fast zeitlosem Kunstmuseum geführt, oh-

ne mit der wilhelminischen Grundstruktur zu kollidieren. Hier, wo auch der große Kurfürst zu Hause ist, beherbergt ein prachtvoller Bau von der Skulpturensammlung über die Byzantinische Kunst über das Münzkabinett bis zur Gemäldegalerie eine überaus repräsentative Ausstellungsvielfalt, -tiefe und Beispielhaftigkeit. Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat Recht, wenn er sagt, dass mit der Wiedereröffnung des Bode-



Wolfgang Börnsen

Museums der Kunst- und Kulturstandort Deutschland reicher und attraktiver geworden ist. Für Berlin ist mit dieser nach dem Deutschen Historischen

Museum zweiten Neueröffnung in diesem Jahr die Museumslandschaft noch glanzvoller geworden und verdeutlicht die praktizierte Hauptstadtverantwortung der Bundesregierung.

**Wolfgang Börnsen** (Bönstrup) ist der kultur- und medienpolitische Fraktionsprecher.

Hessen

# Hochschulstandort Hessen wird gestärkt

**Hessen wird ab dem Wintersemester 2007/2008 Studienbeiträge an den Hochschulen des Landes einführen. Das beschloss der hessische Landtag mit den Stimmen der mit absoluter Mehrheit regierenden CDU.**

Die Regelungen sehen vor, dass alle Studierenden einen Beitrag von 500 Euro pro Semester zu leisten haben. Jeder zehnte Studierende soll für überdurchschnittliche Leistungen von der Beitragspflicht befreit werden, um ein Anreizsystem für besonders Tüchtige zu schaffen und um die Hochschulen in einen Wettbewerb um die „besten Köpfe“ zu versetzen. Zu den Besonderheiten gehört im Rahmen der Qualitätssicherung eine Art „Geld-zurück-Garantie“ für den Fall, dass die Hochschule nachweislich die Verzögerung des Studienabschlusses zu verantworten hat. Ferner wird die Erziehung von Kindern mit Freisemestern honoriert. Für BAföG-Empfänger gilt eine Kappungsgrenze von 15.000 Euro.

Jeder Studieninteressent, der die persönlichen Voraussetzungen erfüllt, ist be-



Christian Wagner

rechtigt, ohne Prüfung der Bonität ein zinsgünstiges Darlehen in Anspruch zu nehmen. Dadurch kann jeder, der es will, studieren. Das Darlehen ist schrittweise zwei Jahre nach Beendigung des Studiums zu tilgen, wenn es die wirtschaftliche Situation des Absolventen tatsächlich zulässt. Die Einkommensgrenze für eine ledige, kinderlose Person wird auf 1.260 Euro netto monatlich festgelegt.

Aus gesellschaftspolitischer Perspektive ist es nicht nur zumutbar, sondern wünschenswert, wenn sich Studierende mit einem angemessenen finanziellen Beitrag an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligen, denn Akademiker erzielen in der Regel ein höheres Einkommen und unterliegen einem

deutlich geringeren Arbeitslosigkeitsrisiko. Außerdem sind ein zielstrebigeres Studierverhalten und damit letztlich ein früherer Eintritt in das Berufsleben beabsichtigte Wirkungen.

Hessen ist als Land im geographischen Herzen Deutschlands besonders betroffen, da es von Bundesländern „umzingelt“ ist, die Studienbeiträge erheben. Doch nicht nur aus diesen Erwägungen heraus ist die hessische CDU überzeugt, dass der nunmehr eingeschlagene Weg, der einem Paradigmenwechsel gleichkommt, ebenso richtig wie alternativlos ist. Die Einnahmen kommen den Hochschulen ungeschmälert zur nachhaltigen Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen zu Gute. Möglich sind beispielsweise längere Öffnungszeiten und eine bessere Ausstattung der Bibliotheken sowie mehr Mentorenprogramme und Tutorien. Um die beabsichtigten Wirkungseffekte nicht aufzuheben, wird keine gleichzeitige Erhöhung der Aufnahmekapazität erfolgen.

Seit Übernahme der politischen Verantwortung im



Jahr 1999 hat die CDU den Hochschulen kumuliert rund 800 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt und damit ein deutliches Signal zu Gunsten von Bildung und For-

schung gesetzt. Hessen hält daher an seinem Ziel „Bildungsland Nummer Eins“ fest. Die Einführung von Studienbeiträgen sichert zudem die internationale Wettbewerbsfähig-

keit. Die Attraktivität des Hochschulstandortes Hessen wird durch das Gesetz weiter zunehmen.

**Christean Wagner** ist Vorsitzender der Fraktion im Hessischen Landtag.

## Saarland

# Saarland für Verschärfung des Sexualstrafrechts

**Das Saarland sieht sich in seinem Engagement gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern bestätigt.**

Mit der Umsetzung des EU-Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie wird das Sexualstrafrecht verschärft werden. Kindesmissbrauch soll künftig bereits dann vorliegen, wenn der Täter Kinder dazu bestimmt, sich in sexuell aufreizenden Posen zu zeigen ohne andere sexuelle Handlungen am eigenen Körper vorzunehmen. Zugleich sollen auch Besitz, Erwerb und Verbreitung von Abbildungen dergestalt posierender Kinder als Kinderpornographie künftig strafbar sein.

Der saarländische Justizminister Josef Hecken begrüßt die geplanten Straf-

verschärfungen ausdrücklich. Es sei kein Zeichen eines Modetrends, nach Wegen zu suchen, den strafrechtlichen Schutz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts von Kindern und Jugendlichen noch weiter auszubauen. Es handle sich vielmehr um die zwingende Notwendigkeit, weltweit ein Bewusstsein für die Ächtung von sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen und den international agierenden Tätergruppen das Handwerk zu legen.

Der Bundesgerichtshof hatte im Februar 2006 festgestellt, dass der Tatbestand des sexuellen Missbrauchs von Kindern gem. § 176 StGB eine Regelungslücke enthalte und dann nicht erfüllt sei, wenn Kinder veranlasst werden, sich in sexuell aufreizenden Posen zu präsentieren ohne Manipulationen am

eigenen Körper vorzunehmen. Dies hatte zur Folge, dass auch Verbreitung, Erwerb und Besitz entsprechender Abbildungen nicht mehr als strafbare Kinderpornographie verfolgt werden konnten. Zudem erschwert diese Regelungslücke die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung des Massenphänomens der Kinderpornographie im Internet und auf elektronischen Datenträgern erheblich: Die zur Auswertung von massenhaft verbreiteten oder gespeicherten Abbildungen eingesetzten automatisierten Auswertungsprogramme werfen gegenwärtig auch solche Fotos aus, welche reines Posing enthalten, weshalb die Ermittlungsbeamten als kinderpornographisch eingestuftes Fotos jeweils einzeln bewerten müssen.

Niedersachsen

## Boxtraining als Vorbeugung gegen Jugendgewalt

**Das Land Niedersachsen startet in diesem Herbst mit dem Modellversuch „Boxtraining zur Vorbeugung gegen Jugendgewalt“.**

Der Niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann erklärte dazu: „In Zusammenarbeit mit dem Landessportbund (LSB) und dem Boxsportverband Niedersachsen soll Boxtraining als zusätzliches außerschulisches Sportangebot nach den Herbstferien in Niedersachsen im Rahmen eines Modellprojekts erprobt werden. Das ist als Beitrag zur Vorbeugung gegen Jugendgewalt zu verstehen. Der Ansatz beruht auf den guten Erfahrungen der polizeilichen Präventionsarbeit des Weißen Rings e.V.“

Zunächst werden zehn Schulen im Umfeld der fünf Landestützpunkte des Boxsportverbands in Norden, Papenburg, Georgsmarienhütte, Seelze und Gifhorn mit jeweils bis zu 20 Schülerinnen und Schülern an dem Projekt teilnehmen. „Ich habe klare Auflagen gemacht. Es finden keine Kämpfe gegeneinander statt. Trainiert



Bernd Busemann

wird jeweils ohne Körperkontakt. Die Sozialarbeiter der Schulen sind einzubinden“, betonte der niedersächsische Kultusminister. Ferner sei der sportmedizinische Nachweis vorgelegt worden, dass auch im Vereinssport Amateurboxen das Risiko, eine Kopfverletzung zu erleiden, im Vergleich zu anderen Sportarten, wie zum Beispiel dem Fußball, minimal sei. Außerdem solle das Verletzungsrisiko durch den Einsatz besonders qualifizierter Trainer aus den Landestützpunkten noch weiter gesenkt werden.

„Dem gegenüber stehen Erkenntnisse über die positiven Wirkungen des Boxtrainings. Sportmediziner haben nachgewiesen, dass

der Trainingseffekt besonders hoch ist und in etwa dem des Ruderns entspricht“, erläuterte Busemann. Neben einer Verbesserung der körperlichen Fitness würden auch Aufmerksamkeit, Koordination sowie technisch-taktische und strategische Fähigkeiten geschult. „Damit werden das Selbstbewusstsein der Jugendlichen, ihre Persönlichkeit und ihre Verhaltensqualität gestärkt und das Schulklima verbessert“, fasste Busemann die Ziele des Projekts zusammen.

### PODCAST iKauder.de

Informationen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion können Sie jetzt auch hören – am Computer oder auf einem MP3-Player. Auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ([www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)) bzw. unter [ikauder.cducusu.de](http://ikauder.cducusu.de) finden Sie den neuen Podcast des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder.



## Bruttoprinzip für behinderte Menschen bleibt

Bei der Neuregelung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im SGB XII wird das Bruttoprinzip in der Eingliederungshilfe beibehalten. Darauf haben sich die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD geeinigt.

Auch künftig leisten die Sozialhilfeträger gegenüber der Einrichtung und verrechnen dies erst später gegen den Eigenanteil des Behinderten. Das ist eine gute Nachricht für behinderte Menschen, ihre Familien und die Behindertenverbände.

Damit ist die Einführung des sogenannten Nettoprinzips vom Tisch, demzufolge der Behinderte seinen Eigenanteil direkt an die betreuende Einrichtung hätte entrichten müssen.

Schon bei der Anhörung hatten sich erhebliche Bedenken gegen das vorgeschlagene Nettoprinzip abgezeichnet. Die meisten Sachverständigen hatten sich für die Beibehaltung des Bruttoprinzips ausgesprochen.

Zudem ist für Heimbewohner erfreulich, dass sich die Koalitionspartner auf eine Weihnachtsbeihilfe von bundesweit einheitlich 36



Hubert Hüppe



Katherina Reiche

Euro für 2006 geeinigt haben. Ab 2007 wird der monatliche Barbetrag für erwachsene Heimbewohner um einen Prozentpunkt des Regelsatzes erhöht.

**Hubert Hüppe** ist der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

## Klimaschutz ist zentrale Aufgabe

**Die Veränderungen des weltweiten Klimas und die sich hieraus ergebenden ökologischen und ökonomischen Folgen stellen uns vor große Herausforderungen. Deshalb gilt es, die weltweiten Anstrengungen zum Klimaschutz weiter zu verstärken.**

Das bestehende Kyoto-Protokoll muss deshalb für die Zeit nach 2012 zu einem Kyoto-Plus-Abkommen wei-

terentwickelt werden. Neben den Industriestaaten müssen hier auch die Schwellen- und Entwicklungsländer mit eingebunden werden. Die bestehenden Handelssysteme mit Klimagasemissionen müssen dauerhaft und langfristig auf alle Länder ausgeweitet werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute spürbar. Trotz aller Anstrengungen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes muss deshalb die Bewältigung der Folgen des Klimawandels stärker in den Mittelpunkt rücken. Hierfür sind weltweit Maßnahmen zu ergreifen, die die Folgen des Klimawandels abwehren und bewältigen helfen. Durch moderne Techniken können beispielsweise die Folgen von Unwettern und Hochwassern gemildert und Leben gerettet werden.

Hierfür bedarf es weiterer nationaler und internationa-

ler Anstrengungen. Deutschland sollte seine Präsidentschaft in der Europäischen Union und den Vorsitz der G8 im kommenden Jahr nutzen und hier Impulsgeber sein.

**Katherina Reiche** ist Stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

## Potential von Frauen am Arbeitsmarkt nutzen

Durch das Treffen der Bundeskanzlerin mit Vertretern der Wirtschaft, mit dem die Bundeskanzlerin

das Konzept „Erfolgsfaktor Familie“ des Bundesfamilienministeriums faktisch zur Chefsache erklärt, wird die Bedeutung des Themas für Wirtschaft und Gesellschaft deutlich.

Gerade bei der Schaffung familienfreundlicher Strukturen in Betrieben sind Initiativen und Angebote der Wirtschaft dringend erforderlich, beispielsweise Teilzeitangebote oder Telearbeitsplätze.

Die Situation von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist erschreckend. Die weibliche Beschäftigungsquote in Deutschland sinkt



Ursula Heinen

mit steigender Kinderzahl: Nur 38 Prozent der Frauen mit drei und mehr Kindern arbeiten. Daneben gehört Deutschland zu den Ländern in der EU mit der größten Lohnkluft zwischen Frauen und Männern. Männer verdienen bei uns rund 23 Prozent mehr als Frauen. Während in den letzten zehn Jahren der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern EU-weit gesunken ist, ist er in Deutschland von 21 Prozent auf 23 Prozent gestiegen. Der Frauenanteil im Topmanagement der großen börsennotierten Unternehmen liegt in Deutschland bei nur 12 Prozent.

Dass die Luft für Frauen in den Chefetagen so dünn ist, liegt vor allem am weiblichen „Karriereknick“. Für viele Frauen bedeutet eine Kinderpause einen Bruch in der beruflichen Karriereleiter. Arbeitgeber müssen für mehr Flexibilität sorgen und weiblich-

## EUROPAABGEORDNETER DES JAHRES 2006

Der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge hat den vom Brüsseler Parlamentsmagazin verliehenen Preis zum Abgeordneten des Jahres 2006 gewonnen.

Die prestigeträchtige Auszeichnung „MEP Award 2006“ im Bereich Umwelt erhielt Reimer Böge besonders für sein Engagement für europäische Programme während seiner Zeit als Berichterstatter bei den schwierigen Ver-



Reimer Böge

handlungen zur Finanziellen Vorausschau 2007 – 2013. Trotz verschiedenster Interessen der europäischen Mitgliedstaaten und

der durchaus realistischen Gefahr eines Scheiterns erreichte Reimer Böge nicht nur die erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen, sondern auch zusätzliche 4 Milliarden Euro für eine Reihe europäischer Programme für Wachstum, Beschäftigung und Nachhaltigkeit.



chen Spitzen-Führungskräften familienfreundlichere Modelle anbieten. Ihnen droht sonst der Verlust des Potentials vieler hochqualifizierter Frauen.

**Ursula Heinen** ist die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Exzellenzwettbewerb beschleunigt Profilbildung

**Wir gratulieren den in der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs ausgezeichneten Hochschulen München und Karlsruhe. Sie haben sich in einem harten zweistufigen Wettbewerb durchgesetzt. Internationale Gutachter haben ihre Konzepte als besonders exzellent hervorgehoben.**

Das Ergebnis lässt folgende Schlüsse zu:

■ Die deutsche Hochschullandschaft hat Leuchttürme. Durch den Exzellenzwettbewerb werden sie international sichtbar. Das stärkt die Wettbewerbsposition Deutschlands im internationalen Wissenschaftswettbewerb.

■ Exzellenz ist das Ergebnis langjähriger kontinuierlicher Förderung durch die Politik, aber auch einer klugen

Leitung und Strategie der Hochschulen selbst.

■ Es war richtig, dass die Union darauf gedrängt hat, dass der Exzellenzwettbewerb nicht allein auf Eliteuniversitäten fokussiert wird, sondern auch Exzellenzcluster und gute Nachwuchsförderung in Form von Graduiertenschulen prämiert werden. Es war von vornherein klar, dass nur wenige Hochschulen insgesamt Spitze sein würden, aber viele haben sehr, sehr gute Fachbereiche. Insbesondere die Entwicklung von Exzellenzclustern und Graduiertenschulen hat Schwung in die Hochschullandschaft gebracht. Die Universitäten haben ihre Stärken herausgearbeitet. Die dringend notwendige Profilbildung der deutschen Hochschullandschaft ist damit angestoßen und beschleunigt worden.

Exzellenzwettbewerb und Hochschulpakt sind zwei Seiten einer Medaille. Die deutschen Hochschulen müssen Profile entwickeln, damit sie einer steigenden Anzahl junger Leute mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Erwartungen an die Ausbildung Angebote machen und gleichzeitig ernstzunehmende Player im internationalen Wissenschafts- und Forschungswettbewerb sein können.



Ilse Aigner

**Katherina Reiche** ist Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, **Ilse Aigner** ist die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung.

## Minijobs bleiben wie sie sind

**Mit der Union wird es keine Abschaffung der Minijobs geben. Sie sind ein wichtiges Ventil für den Arbeitsmarkt, für viele Arbeitnehmer die einzige legale Möglichkeit, ihr Haushaltseinkommen aufzubessern und ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.**

Insbesondere im privaten Haushalt sind Minijobs wichtig und auch für den Arbeitgeber mit der verringerten Pauschale von 12% interessant.

Bei der Frage der Neuregelung der Hinzuverdienste



Ralf Brauksiepe

in Hartz IV haben die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die unionsgeführten Bundesländer allerdings empfohlen, die bisherige Privilegierung der Minijobs zu beenden.

Die Sachverständigenanhörung der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt hat klar ergeben, dass mit der derzeitigen Regelung keinerlei Anreiz verbunden ist, den Transferbezug zu verlassen. Über die Hälfte derjenigen, die neben einem Erwerbseinkommen Alg II beziehen, arbeiten für weniger als 400 € monatlich. Dieser Fehlanreiz, zu Alg II ein geringes „Taschengeld“ dazuzuverdienen, muss geändert werden, indem künftig Minijobs voll auf das Alg II angerechnet werden. Dafür müssen sich aber in Zukunft höhere Verdienste mehr lohnen als heute. Nur dann kann der Betreffende auch wieder ohne staatliche Unterstützung leben.

**Ralf Brauksiepe** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

## Verbrauchern mehr Rechte einräumen

**Der Kabinettsbeschluss, den Entwurf eines neuen Versicherungsvertragsgesetzes auf den Weg zu bringen, ist ein erster Schritt für mehr Verbraucherrechte im Versicherungswesen. Nach fast 100 Jahren wird es höchste Zeit, dass Versicherungsvertragsgesetz zu reformieren und dem Verbraucher hier mehr Gewicht gegenüber dem Unternehmen einzuräumen.**

Der Entwurf beinhaltet dabei wesentliche Punkte für mehr Transparenz und Verbraucherschutz. Besonders positiv sind die Abschaffung des Policenmodells sowie die Regelung, Kunden bei Lebensversicherungen erstmals einen Anspruch auf Beteiligung an den stillen Reserven der Versicherer einzuräumen. Neben der Möglichkeit, Lebensversicherungen zukünftig verkaufen zu können, sollen Kunden bei Vertragsabschlüssen ein Widerspruchsrecht von zwei Wo-



Julia Klöckner

chen, bei Lebensversicherungen von 30 Tagen eingeräumt werden. Auch die Einführung von Mindestrückkaufwerten für die ersten fünf Vertragsjahre in der Lebensversicherung ist im Sinne der Verbraucher. Mit dieser Reform können die Rechte der Versicherten ein gutes Stück vorangetrieben werden.

**Julia Klöckner** ist die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Alle sind in der Verantwortung

**Der Ausbildungspakt muss um drei Jahre verlängert werden. Er braucht eine neue Grundlage: Höhere Verbindlichkeit und stärkere Dynamik. Die Ausbildungsplatzlücke beträgt 34.086 Stellen. Sie ist um 6.218 höher als im letzten**



## Jahr. Diese Zahlen sind dramatisch.

Wir appellieren an die Arbeitgeber, bis Dezember weitere Ausbildungsplätze bereitzustellen, um die Lücke zu schließen. Es sind alle Akteure der beruflichen Bildung gefordert, an einem Strang zu ziehen. Jeder ausbildungsfähige Jugendliche braucht einen Ausbildungsplatz.

Wichtig ist die Aufstockung der Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) von jährlich 25.000 auf 40.000. Das EQJ-Programm sichert, dass im Rahmen der Nachvermittlung jeder Jugendliche eine Qualifizierung erhält. Bei einer Aufnahme der Berufsausbildung geht keine Zeit verloren, sondern die EQJ-Dauer wird in der Regel angerechnet. Hinzu kommen bis zu 7.500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze für schwer vermittelbare Schulabgänger/-innen.

Wir fordern die Gewerkschaften auf, sich endlich am Ausbildungspakt zu beteiligen. Sie dürfen sich nicht weiter verweigern. Die Union wird mit ihrem Parlamentarischen Antrag „Neue Dynamik für Ausbildung“ weitergehende Strukturreformen auf den Weg bringen. Hierzu gehören eine Verbesserung der Berufsberatung



Uwe Schummer

an den Schulen und eine stärkere Stufung der Ausbildung. Es sollen Zwischenabschlüsse ermöglicht werden. Dies hilft besonders den praktisch begabten Jugendlichen und Hauptschülern.

**Ilse Aigner** ist die Bildungspolitische Fraktionssprecherin, **Uwe Schummer** ist der Berichterstatter für Berufliche Bildung.



## Wettbewerb weiter stärken

**Mangelnde Konkurrenz in der Stromerzeugung ist ein wichtiger Grund für die hohen Strompreise hierzulande. Daher liegt die Bundeskanzlerin richtig, wenn sie auf dem Energiegipfel die Frage des Wettbewerbs zu einem Schlüsselthema in der Energiepolitik macht.**

Nur die Errichtung neuer Kraftwerke von neuen Wett-

bewerbern beseitigt das strukturelle Defizit im Strommarkt. Doch das geht nicht von heute auf morgen. Der Markt ist knapp und der Kraftwerkspark veraltet. Die Anreize für Neuinvestitionen bestehen also. Jetzt hat die Politik die Aufgabe, den Rahmen so zu setzen, dass nicht nur die Etablierten zum Zuge kommen.

Von den bisher angekündigten Kraftwerksprojekten mit einer Leistung von 27.000 MW ist rund die Hälfte von neuen Anbietern. Damit diese auch zu Stande kommen und weitere folgen, muss der Wettbewerbsrahmen stimmen. Dabei darf die rechtliche Entflechtung nur die Ultima Ratio sein. Vorrang hat der Abbau von Markthindernissen. Dazu gehören:

- **Effektive Kontrolle der Energienetze fortsetzen.** Trotz vorbildlicher Arbeit der Regulierungsbehörden in Bund und Ländern ist bislang nur ein Bruchteil der Netzentgelte genehmigt. Kann das Tempo nicht erhöht werden, müssen wir die Bundesnetzagentur personell stärken. Darüber hinaus ist die Union für eine rasche Umsetzung der Anreizregulierung, um die Kosteneffizienz im Netz weiter zu erhöhen.
- **Einen diskriminierungsfreien Netzzugang für neue**



Joachim Pfeiffer

**Kraftwerksbetreiber gewährleisten.** Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet mit Hochdruck an einer Anschlussverordnung, um technische und bürokratische Hürden zu beseitigen. Dies unterstützt die Fraktion ausdrücklich und fordert eine rasche Umsetzung noch vor Jahreswechsel.

■ **Netzinfrastruktur zügig ausbauen.** Engpässe im Netz verzögern zahlreiche Kraftwerksprojekte. Daher müssen wir das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz endlich umsetzen.

■ **Grenzübergreifenden Stromhandel verstärken.** Ein Ausbau der Kuppelstellen und deren marktgerechte Bewirtschaftung erhöhen die Marktliquidität. Hier unterstützt die Union die Bundesnetzagentur, den Ausbau voranzutreiben.

■ **Das zweite Binnenmarktpaket Energie in allen EU-Mitgliedsländern**

**vollständig umsetzen.** Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Bevor in Brüssel über weitere Maßnahmen entschieden wird, muss die Kommission den Handlungsdruck auf die Nachzügler erhöhen. Die deutsche Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte 2007 gilt es zu nutzen, um europaweit eine vollständige Öffnung der Märkte für Strom und Gas zu erreichen.

Bis diese Ansätze greifen, spricht nichts dagegen, das Kartellrecht zu stärken, um Marktmissbrauch zu unterbinden. Den Vorstoß aus

dem Bundeswirtschaftsministerium unterstützt die Union ausdrücklich.

Dauerhafte Preisregulierung ist hingegen abzulehnen. Damit wird man dem Kunden nicht helfen. Im Gegenteil: Die Tarifkontrolle gewährt ein staatliches Gütesiegel, das die Preispolitik der etablierten Unternehmen stützt. Am Ende belohnt sie ineffizientes Verhalten und schwächt den Wettbewerb.

**Joachim Pfeiffer** ist der Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## BUCHTIPP

### Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.): Politik für Familien – Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft

Kinder gehören heute nicht mehr selbstverständlich zum Lebenskonzept junger Frauen und Männer in Deutschland. Nicht nur die Zahl der Kinder geht zurück, sondern auch der Kinderwunsch. Passt ein Leben mit Kindern nicht mehr in eine flexible Arbeitswelt?

Hat die Politik die richtigen Anreize für ein Leben mit Kindern gegeben? Jahrelang herrschte die politische Vorstellung vor, man könne gesellschaftliche Entwicklungen mit Geld steuern: Kindergeld, Freibeträge, Erziehungsgeld u. a. Dies allein reicht nicht mehr aus. Familien brauchen Zeit und verlässliche Strukturen in flexiblen Zeiten. Wie eine Politik für Familien in Zukunft aussehen kann, versucht dieser Band zu thematisieren.

Herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2006.





## Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0396**

„40 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0644**

„50 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0071**

„60 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0189**

DIN A4

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €

„ohne Jahresangabe“

DIN A4

Bestell-Nummer: **0097**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €

„Für besondere Verdienste“

DIN A4

Bestell-Nummer: **0449**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €



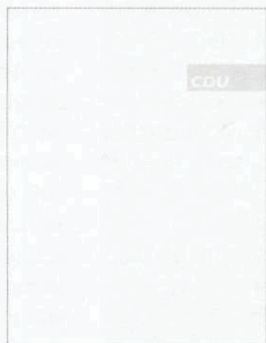
**Mappen für Ehrenurkunden  
mit CDU-Logo-Prägung**

DIN A4

Bestell-Nummer: **0247**

Preis je **25 Stück: 12,30 €**

inkl. MwSt.: 14,27 €



UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt. DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Ehrenabzeichen der CDU

**Ehrenabzeichen Bronze**  
„25jährige CDU-Mitgliedschaft“  
Bestell-Nummer: **0233**

**Ehrenabzeichen Silber**  
„40jährige CDU-Mitgliedschaft“  
Bestell-Nummer: **0235**

**Ehrenabzeichen Gold**  
„50jährige CDU-Mitgliedschaft“  
Bestell-Nummer: **0237**

Preis je **10 Stück: 9,00 €**  
inkl. MwSt.: 10,44 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
E-Mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

**Nutzen Sie auch unseren  
E-Shop unter  
[www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)**